

Harsche Kritik an der Bereitschaftsregelung

"Entscheidung am grünen Tisch" soll rückgängig gemacht werden

Heftiger Widerstand regt sich gegen die Verlagerung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes für die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim nach Meisenheim. In einer Podiumsdiskussion prallten die Meinungen dazu aufeinander.

NUSSBAUM/VG BAD SOBERNHEIM. Patienten aus der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim müssen sich seit Jahresbeginn bei akuten Beschwerden an Wochenenden und Feiertagen an die Bereitschaftszentrale in Meisenheim wenden. Der in der VG Bad Sobernheim seit 20 Jahren bestehende Bereitschaftsdienst der Arztpraxen wurde von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz abgeschafft (wir berichteten).

Gradmesser für die harsche Kritik an dieser Regelung war die rege Beteiligung an einer Podiumsdiskussion, zu der die Landtagsabgeordnete Bettina Dickes (CDU) eingeladen hatte. Rund 160 Zuhörer fanden sich am Mittwochabend im Dorfgemeinschaftshaus Nußbaum ein. Fast 2500 Menschen hatten zuvor mit ihrer Unterschrift gegen die neue Zuordnung protestiert.

Torsten Erb von der KV Rheinland-Pfalz musste sich heftige Kritik anhören, nicht nur von den niedergelassenen Ärzten, sondern vor allem von Bürgern, Kommunalpolitikern und Vertretern der Pflegedienste. Sie alle drängten darauf, die umstrittene Entscheidung zurückzunehmen. Als "Anführer der Aufständischen" - so seine eigenen Worte - machte Dr. Peter Esch aus Monzingen den Aufschlag. "Der Notdienst in der VG Bad Sobernheim hat wunderbar funktioniert. Die Patienten wurden zeitnah, wohnortnah und schnell versorgt", betonte Esch. "Von den 17 Ärzten in der VG hat sich niemand über zu viel Arbeit beklagt", erklärte er und ertete lebhaften Beifall.

Der Verlust des persönlichen Kontakts zu einem Arzt, eine zunehmende Alarmierung von Notarzt und Rettungsdienst sowie die Tendenz, lieber gleich die Notaufnahme eines Krankenhauses aufzusuchen, waren weitere Befürchtungen, die im Lauf der kontroversen Diskussion ins Feld geführt wurden. Das Argument der KV, man wolle dem Ärztemangel auf dem Land mit der Einrichtung der zentralen Bereitschaftsdienste begegnen, konterte Bürgermeister Rolf Kehl (CDU): "In unserer Verbandsgemeinde gibt es genug Ärzte", und Bad Sobernheims Stadtbürgermeister Dr. Felix Welker (CDU) fügte hinzu: "Die Hausärzte haben einen guten Job gemacht. Deshalb soll man ein gut funktionierendes System nicht durch ein wenig durchdachtes ersetzen." Robert Nikolay (SPD), verlangte, "die Entscheidung am grünen Tisch" rückgängig zu machen.

Schützenhilfe erhielten die Kommunalpolitiker von Dr. Josef Rosenbauer, Generalsekretär der CDU in Rheinland-Pfalz und in der Landtagsfraktion zuständig für Gesundheitspolitik. "Wo die Bereitschaftszentralen eingerichtet wurden, hat sich die Qualität verschlechtert", behauptete er. Das Problem des Ärztemangels auf dem Land müsse zentral gelöst werden, aber solange es wie in der VG Bad Sobernheim so engagierte Ärzte gebe, bestehe kein Grund, die bisherige Regelung zu ändern.

Gegen diesen geballten Protest hatte Torsten Erb einen schweren Stand. Er schilderte den Werdegang der Entscheidung, flächendeckend Bereitschaftszentralen einzurichten. Der Dienst am Wochenende sei für viele Ärzte ein Hinderungsgrund, sich mit einer Praxis auf dem Land niederzulassen.

Erb räumte ein, dass die Zentralen in Meisenheim und Bad Kreuznach für die Versorgung dieses Raumes nicht ausreichen. Daher erwäge man die Einrichtung einer weiteren in Kirn.
(noi)

Oeffentlicher Anzeiger vom Freitag, 29. Januar 2010, Seite 22.